

Studie im Auftrag der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Hochschule Liechtenstein

zum Thema

Bildung als öffentliche Aufgabe in Liechtenstein –

Eine ökonomische Analyse des Bildungswesens unter
besonderer Berücksichtigung der Hochschule

Kurzfassung

23. Juli 2006

bearbeitet von

Dr. Kersten Kellermann

Dr. Carsten-Henning Schlag

Vorwort

Die vorliegende Studie entstand im Auftrag der Regierung des Fürstentums Liechtenstein, vertreten durch das Ressort Bildungswesen, und der Hochschule Liechtenstein. Wir danken Herrn Klaus Näscher, Rektor der Hochschule Liechtenstein, für die Unterstützung, die er uns bei der Bearbeitung des Projekts hat zukommen lassen. Darüber hinaus danken wir Rainer Burtscher, Leiter der Stabsstelle Rechnungswesen, für die Daten zu den Ausgaben und Einnahmen der Hochschule Liechtenstein. Für einige interessante Anmerkungen zu einer früheren Fassung der Studie gilt unser Dank Frau Corina Beck, Mitarbeiterin der Regierung im Ressort Bildungswesen.

Freundliche Unterstützung bei den Datenerhebungen zu den Bildungsausgaben der Gemeinden fanden wir bei den Gemeindegassieren der 11 Gemeinden in Liechtenstein. Ein besonderer Dank gilt hierbei Gebhard Marxer, Kassier der Gemeinde Mauren. Dem Amt für Volkswirtschaft, Abteilung Statistik sei ebenfalls für die Zusammenarbeit gedankt. Herr Harry Winkler, der für die Erstellung der Bildungsstatistik in Liechtenstein zuständig ist, hat uns mit verschiedenen Detailinformationen, insbesondere zur UOE-Meldung des Amtes für Volkswirtschaft, tatkräftig unterstützt. Auch ihm sei herzlich gedankt.

Am 28. Juni 2006 hatten wir Gelegenheit, ausgewählte Resultate der Studie im Schulamt Liechtenstein vorzustellen. Schulamtsleiter Guido Wolfinger und seinen Mitarbeitern Arnold Kind, Helmut Konrad und Dr. Jürg Dinkelmann danken wir für eine sehr anregende Diskussion und wichtige Hinweise zum Thema.

Herr Sandro D'Elia, studentischer Mitarbeiter der Konjunkturforschungsstelle Liechtenstein, hat das Manuskript sorgfältig Korrektur gelesen und einige hilfreiche Anmerkungen gegeben. Herrn Andreas Brunhart, Projektmitarbeiter der Konjunkturforschungsstelle Liechtenstein, gebührt besondere Anerkennung für die Aufbereitung der Daten und Recherchen zu verschiedenen Fragestellungen der Studie. Des Weiteren hat Herr Brunhart die Fertigstellung des Manuskriptes durch seine ruhige und besonnene Art konstruktiv begleitet.

Es versteht sich von selbst, dass alle in der Studie verbliebenen Fehler die unseren sind.

Dr. Kersten Kellermann

Dr. Carsten-Henning Schlag

Vaduz, 23. Juli 2006

Kurzzusammenfassung: Die wichtigsten Ergebnisse, wirtschaftspolitische Implikationen und offene Fragen

Die Deutsche Bundesbank hält sich mit Superlativen normaler Weise zurück. Dennoch wurde jüngst in einer von ihr veröffentlichten Analyse zum Bildungswesen betont, dass wegen der grossen Bedeutung, die den Investitionen in das Humankapital für das Wirtschaftswachstum zukomme, die öffentlichen Bildungsausgaben zu den wichtigsten staatlichen Aufwendungen gehörten (vgl. Deutsche Bundesbank, 2003). Von Seiten der Wissenschaft sind vergleichbare Töne zu vernehmen. So schreibt der renommierte Regionalökonom David Audretsch (2005): „Während physisches Produktionskapital über Jahrzehnte das Kernstück einer Wirtschaftspolitik im Sinne der neoklassischen Wachstumstheorie war, wurde seine überragende Rolle im Zeichen des Umbruchs von der Industrie- zur Informations- und Wissensgesellschaft seit den 1980er Jahren schrittweise durch das Wissenskapital übernommen“. Diese Sätze sollen der Studie „Bildung als öffentliche Aufgabe in Liechtenstein – Eine ökonomische Analyse des Bildungswesens unter besonderer Berücksichtigung der Hochschule“ als Motto vorangestellt werden.

Die Bereiche Bildung, Forschung und Wissenschaft gewinnen auch für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Liechtensteins zunehmend an Bedeutung. Im Rahmen der vorliegenden Studie werden die durch die Gesellschaft aufgewendeten Ressourcen und insbesondere die staatlichen Aufwendungen in diesen Bereichen dokumentiert und mit den Methoden der Wirtschaftswissenschaft analysiert. Die Studie ist dabei sehr breit angelegt. Sie soll einen Überblick geben über den öffentlichen und privaten Bildungsbereich in Bezug auf die vorschulische und schulische Bildung sowie die tertiäre Bildung. Darüber hinaus werden Aussagen zu Forschung und Wissenschaft in Liechtenstein gemacht. Der Überblickscharakter der Studie verhindert an verschiedenen Stellen ein in die Tiefe gehen. Die vorliegende Untersuchung kann als Ausgangsbasis für weitere Forschungsarbeiten verstanden werden.

Im Rahmen der Studie wird der Versuch unternommen, den Anschluss an die bildungsökonomische Literatur herzustellen. Diese hat sich in den letzten Jahren vor allen Dingen im angelsächsischen Raum enorm entwickelt. Das Thema Bildung und Forschung ist sowohl in der Regionalökonomie als auch in der Finanzwissenschaft und Wachstumstheorie ins Zentrum der Diskussion gerückt. Der eigentliche Schwerpunkt der Studie liegt jedoch nicht in der Theorie, sondern in der Auswertung der für das Thema empirisch relevanten Daten. Nicht selten sind positive Aussagen darüber „wie es ist“, politisch relevanter und manchmal auch brisanter als normative Aussagen „wie es sein sollte“. Die Darstellung und Auswertung von Daten rückt die Dinge ins richtige Licht und zeigt die

eigentlichen Bedeutungsrelationen. Die vorliegende Studie soll insbesondere aufzeigen, in welchen Bereichen die öffentliche Hand Prioritäten setzt und inwieweit in der Vergangenheit Prioritätsverschiebungen stattgefunden haben.

In dem die relevanten Daten und bildungspolitischen Indikatoren für Liechtenstein auch in einen internationalen Vergleich gestellt werden, wird es möglich, das bildungspolitische Engagement von Staat und Gesellschaft in Liechtenstein im Rahmen einer Benchmarkanalyse zu bewerten. Dabei sind jedoch immer die strukturellen Besonderheiten Liechtensteins zu berücksichtigen. Wo es möglich ist, macht die Studie auch den Versuch, aus den wissenschaftlichen Resultaten gewisse wirtschaftspolitische Implikationen abzuleiten. Ein Anliegen der Studie ist es aber auch, die richtigen Fragen aufzuwerfen. Insbesondere das Problem der Bildungsfinanzierung und die konkrete Ausgestaltung einer effektiven und effizienten Bildungsproduktion in Liechtenstein, werden im Rahmen der vorliegenden Studie nicht erschöpfend diskutiert. Hier besteht weiterer Forschungsbedarf.

Die vorliegende Studie gliedert sich in fünf Abschnitte. In **Abschnitt 1** erfolgt eine allgemeine Motivation des Untersuchungsgegenstands. Es wird verdeutlicht, wie sich Ökonomen dem Begriff Bildung im Allgemeinen nähern. Bildung wird dabei primär als Prozess verstanden, in dem durch den Einsatz gesellschaftlicher Ressourcen Humankapital akkumuliert wird. **Abschnitt 2** legt den Fokus auf die öffentlichen Bildungsausgaben und die Priorität, die dem Bereich Bildung im öffentlichen Budget Liechtensteins zukommt. **Abschnitt 3** diskutiert den öffentlichen Ressourceneinsatz für Bildung in Relation zum Bruttoinlandprodukt und nimmt explizit Bezug auf den Humankapitalansatz. Das Konzept eines Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft für Liechtenstein wird in **Abschnitt 4** vorgestellt. Im Mittelpunkt von **Abschnitt 5** steht die Hochschule Liechtenstein als wichtigste Institution des tertiären Bildungsbereichs im Fürstentum. Es wird insbesondere die Frage aufgegriffen, welche Leistungen die Hochschule für die Region erbringt.

Öffentliche Gesamtausgaben für Bildung

Die Aufwendungen für den Bereich Bildung in Liechtenstein haben sich im Zeitraum 1975 bis 2005 verfünffacht, von knapp 30 Mio. CHF in 1975 auf 180 Mio. CHF in 2005. Auch innerhalb des öffentlichen Gesamtbudgets hat der Aufgabenbereich Bildung an Bedeutung gewonnen. Der Anteil der Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben des Landes ist von 9.1% in 1976 auf 15.6% im Jahr 2005 angestiegen. Der Anteil der Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben auf Ebene der Gemeinden ist jedoch von 18% in 1976 auf 15% im Jahr 2003 leicht zurückgegangen. Der Zuwachs des öffentlichen Bildungsaufwands liegt real mit 3.9% durchschnittlicher jährlicher Veränderungsrate unterhalb der realen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate – gemessen an der

Veränderung des Bruttoinlandprodukts (BIP) – von 4.4%. Im Zeitablauf hat die Zuwachsrates der realen Bildungsausgaben der laufenden Rechnung abgenommen.

Im Vergleich mit den Schweizer Kantonen wird nur im Kanton Basel-Stadt mit 5.212 CHF in 2003 (in Preisen von 2005) ein höherer Betrag je Einwohner für Bildung aufgewendet als in Liechtenstein, wo die Aufwendungen für Bildung je Einwohner in 2003 5.148 CHF betragen. Der durchschnittliche jährliche Ausgabenanstieg in Liechtenstein beträgt im Zeitraum 1991 bis 2003 real 3.5%. Im Vergleich zu den Schweizer Kantonen zählt Liechtenstein zu den Regionen mit hohem Ausgabenwachstum. Nur im Kanton Zug wird mit 4.9% ein höherer Ausgabenanstieg im Bereich Bildung verzeichnet. Die absolute Bedeutung, die dem Aufgabenbereich Bildung innerhalb des öffentlichen Budgets zukommt, ist in Liechtenstein im Vergleich zu den Schweizer Kantonen gering. Im ungewichteten Kantonsdurchschnitt werden im Jahr 2003 23.7% der öffentlichen Ausgaben im Bereich Bildung getätigt, gegenüber 15.3% in Liechtenstein.

Auch im internationalen Vergleich ist die relative Priorität, gemessen als Budgetanteil des Bildungsbereichs am öffentlichen Budget insgesamt in Liechtenstein gering. Im OECD-Durchschnitt werden in 2002 6.1% des BIP für Bildungseinrichtungen aufgewendet. Davon entfallen 4.9% auf den öffentlichen Sektor und 1.2% auf den privaten Sektor. Obwohl Liechtenstein über ein gutes Angebot an Privatschulen verfügt, ist der relative Aufwand für private Bildungseinrichtungen im Fürstentum eher gering, wie die Auswertungen zum Bildungsbudget Liechtenstein zeigen.

Das staatliche Engagement im Bildungsbereich kann potentiell durch Marktversagen oder verteilungs- bzw. sozialpolitisch legitimiert sein. Dies rechtfertigt die Bereitstellung von Bildung durch staatliche Einrichtungen bzw. deren teilweise Finanzierung durch die Allgemeinheit. Sowohl die Finanzierung bzw. Subventionierung von privaten Bildungsaufwendungen durch den Staat als auch die Produktion von Bildung im öffentlichen Sektor sind jedoch nicht unumstritten. Oft wird argumentiert, dass das Phänomen Marktversagen im Bildungsbereich überstrapaziert werde. Da dem Bildungsbereich eine Schlüsselstellung in Bezug auf die ökonomische Entwicklung von Volkswirtschaften zukommt, ist es unabdingbar, diesen gesellschaftlichen Bereich effektiv und effizient auszugestalten. Die Ausrichtung an marktkonformen und nachfrageorientierten Steuerungsmechanismen im Bildungsbereich kann einer Volkswirtschaft für die Zukunft die entscheidenden Wettbewerbsvorteile verschaffen. Vor diesem Hintergrund bleibt zu klären, in wie weit beispielsweise Bildungsgutscheine für Liechtenstein eine gangbare Alternative darstellen können.

Ausgaben für Bildungseinrichtungen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt

Die öffentlichen Bildungsaufwendungen in Liechtenstein belaufen sich im Jahr 1980 auf 5.2% des Bruttoinlandprodukts (BIP). Diese Relation bricht in den folgenden Jahren auf 4.5% ein. Im Jahr 2003 fließen 4.1% des Bruttoinlandprodukts in die öffentliche Bildung. Eine Entwicklung, die insbesondere auf die Investitionsrechnung zurückzuführen ist. Im Vergleich zu den Schweizer Kantonen ist die öffentliche Ausgabenquote im Bereich Bildung in Liechtenstein relativ niedrig. Im ungewichteten Kantonsmittel über alle 26 Schweizer Kantone beträgt die Relation der Bildungsausgaben zum kantonalen Bruttoinlandprodukt im Jahr 2002 6.8%. Der gesamte öffentliche Sektor in der Schweiz (Bund, Kantone und Gemeinden zusammen) wendet 7.4% des schweizerischen Bruttoinlandprodukts für den Bildungsbereich auf. Wiederum nur der Kanton Basel-Stadt realisiert mit 4% eine vergleichbare Bildungsausgabenquote wie Liechtenstein.

Die Vergleichbarkeit von Basel-Stadt und Liechtenstein – sowohl in Bezug auf die Bildungsausgabenquote als auch in Bezug auf die Pro-Kopf-Ausgaben für Bildung – beruht auf gewissen strukturellen Ähnlichkeiten. Beide Regionen weisen eine deutliche Diskrepanz zwischen der regionalen Bedeutung als Wirtschaftsstandort bzw. als Wohnort auf. Dabei ist der Bedeutungsüberschuss der Region als Wirtschaftsstandort gegenüber der Wohnortfunktion erheblich. Es stellt sich grundsätzlich die Frage, ob sich die gesellschaftlichen Aufwendungen für Bildung und Forschung an der Wirtschafts- und Leistungskraft einer Region auszurichten haben oder an der Einwohnerzahl. Zwar ist die Anzahl der Schüler in einer Region das eigentliche Bedarfskriterium für schulische Bildungsaufwendungen. Die Humankapitaltheorie legt jedoch nahe, den Bildungs- und Forschungsaufwand nicht unabhängig von der Wirtschaftskraft zu sehen. Investitionen in Bildung und Forschung umfassen nicht nur den schulischen Bereich, sondern auch den Bereich der tertiären Bildung, die Erwachsenenbildung und den Bereich der beruflichen Fortbildung. Diese Bildungsbereiche können eine enge Verknüpfung mit dem Wirtschaftsstandort aufweisen.

Auch im Vergleich zum OECD-Raum investiert die öffentliche Hand in Liechtenstein einen relativ geringen Anteil des Bruttoinlandprodukts in den Aufbau von Humankapital. Im Jahr 2002 gibt Liechtenstein 2.7% des BIP für Bildungseinrichtungen aus, in 2003 waren es 2.0%. Im OECD-Raum werden im Jahr 2002 – aus öffentlichen Quellen – dagegen durchschnittlich 4.9% des BIP für Bildungseinrichtungen aufgewendet. Auch in Bezug auf die einzelnen Bildungsbereiche (Elementar-, Primar-, Sekundar- und Tertiärbereich) werden erhebliche Unterschiede sichtbar. Im Jahr 2003 ergeben sich für Liechtenstein Ausgabenquoten im Elementarbereich von 0.2% am BIP, im Primar-, Sekundar- und postsekundären, nicht tertiären Bereich 1.6% und im Tertiärbereich 0.2%. Im OECD Durchschnitt werden im Jahr 2002 hingegen 0.4% im Elementarbereich ausgegeben. In

den Primar-, Sekundar- und postsekundären, nicht tertiären Bereich fließen im Mittel 3.8% des BIP. Für den Tertiärbereich werden im Durchschnitt 1.7% am BIP aufgebracht. Im OECD Durchschnitt fallen damit die öffentlichen Ausgabenquoten im Elementarbereich und im Primar-, Sekundar- und postsekundären Bereich mehr als doppelt so hoch aus wie in Liechtenstein. Die öffentliche Ausgabenquote im Tertiärbereich beträgt mit 1.0% im OECD-Durchschnitt das Fünffache der liechtensteinischen Ausgabenrelation.

Eine gute Ausstattung der Arbeitskräfte mit Humankapital kann die Leistungskraft einer Volkswirtschaft positiv beeinflussen, in dem die Produktivität sowie die Einkommen steigen, ein hoher Beschäftigungsstand realisiert und unter Umständen auch das langfristige Wirtschaftswachstum angeregt wird. Insbesondere in der jüngeren Literatur liegen Arbeiten vor, die den positiven Produktivitäts- und Wachstumseffekt des Humankapitals empirisch nachweisen. In der vorliegenden Studie wird ebenfalls der Versuch unternommen, den Beitrag des Humankapitals (Inlandskonzept) zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung für Liechtenstein abzuschätzen. Im Jahr 2003 beträgt der Anteil des Humankapitals an den Arbeitnehmerentgelten in Liechtenstein ca. 38% (Inlandsprinzip). Bei einer Lohnquote von 64% entspricht dies einem Einkommensanteil des Humankapitals am Nettoinlandprodukt von 26%.

Der Humankapitalstock, der im Produktionsprozess in Liechtenstein zum Einsatz kommt, wird anhand des Ausbildungsstands sowohl der in Liechtenstein Beschäftigten (Inlandsprinzip) als auch in Bezug auf die Wohnbevölkerung (Inländerprinzip) quantifiziert. Im internationalen Vergleich weist Liechtenstein in beiden Abgrenzungen einen leicht überdurchschnittlichen Humankapitalstock auf. Die Wohnbevölkerung in Liechtenstein leistet damit ihren relativen Beitrag zum internationalen Humankapitalbestand. Dennoch ist kritisch anzumerken, dass der Anteil an Personen an der Wohnbevölkerung in Liechtenstein, die einen Bildungsabschluss im tertiären Bereich vorweisen können, im internationalen Vergleich eher gering ist. Dies gilt jedoch nicht in Bezug auf die Beschäftigung. Mit 23% Akademiker an der Beschäftigtenzahl befindet sich Liechtenstein sogar leicht über dem internationalen Durchschnitt.

Das Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft: Ein Modell für Liechtenstein?

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung des Bildungs-, Forschungs- und Wissenschaftsbereichs für die Zukunft einer Volkswirtschaft kann kaum überschätzt werden. Für die Entscheidungsträger im öffentlichen Sektor wird es damit immer wichtiger, die Entwicklungen in diesen Bereichen zu beobachten, um ihre Steuerungsaufgaben rechtzeitig wahrnehmen zu können. Ein Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft, wie es derzeit in Deutschland entwickelt wird, kann hier eine gute

Grundlage bilden. Im Idealfall sollte dieses Budget sämtliche gesellschaftlichen Ressourcen, die im privaten und öffentlichen Sektor für Bildung, Forschung und Wissenschaft aufgewendet werden, erfassen. Das Gesamtbudget gliedert sich mit dem Bildungsbudget, dem Budget für Forschung und Entwicklung und dem Budget für Sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur in drei Teilbudgets. Bei der Erstellung entsprechender Budgets für Liechtenstein wird auf eine Vielzahl amtlicher und nicht-amtlicher Datenquellen zurückgegriffen.

Im Jahr 2003 wurden gesamtgesellschaftlich in Liechtenstein 487.6 Mio. CHF oder 11.8% des gesamten Bruttoinlandprodukts für Bildung, Forschung und Wissenschaft aus privaten und öffentlichen Quellen aufgewendet. Der gesamtgesellschaftliche Ressourcenaufwand in Deutschland beläuft sich in 2003 auf 9.0% am BIP. Das Bildungsbudget in Liechtenstein beträgt in 2003 176.2 Mio. CHF (4.3% am BIP), das Budget für Forschung und Entwicklung 294.3 Mio. CHF (7.1% am BIP). Das Budget für Forschung und Entwicklung macht damit 62.3% am Gesamtbudget für Bildung, Forschung und Wissenschaft aus. Die FuE-Ausgaben sind in Liechtenstein mit 291.7 Mio. CHF fast vollständig aus privaten Quellen finanziert. Das Budget für Sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur umfasst 17.0 Mio. CHF (0.4% am BIP).

Der Europäische Rat fordert in der Lissabon-Strategie, dass im Europäischen Forschungsraum die Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) bis zum Jahr 2010 3% des BIP betragen sollen, wobei mindestens zwei Drittel der Gesamtinvestitionen aus dem privaten Sektor aufzubringen sind. 1% am BIP ist somit durch den Staat für Forschung und Entwicklung aufzuwenden. Liechtenstein übersteigt den gesamtgesellschaftlichen Benchmark von 3% um 4.1 Prozentpunkte. Anzumerken bleibt jedoch, dass 99.3% der FuE Investitionen durch private Unternehmen getätigt werden. Auf den Staat entfallen die verbleibenden 0.7%. Bezogen auf das BIP wendet die öffentliche Hand in Liechtenstein lediglich 0.05% für Forschung und Entwicklung auf. Damit verfehlt Liechtenstein das durch die Lissabon-Strategie empfohlene öffentliche Investitionsniveau bei Weitem. Wie ist dieses Verhalten der öffentlichen Entscheidungsträger zu bewerten? Aus der Sicht einer kleinen offenen Volkswirtschaft wie Liechtenstein bestehen immer Anreize, sich gegenüber der globalen Gemeinschaft in der Produktion öffentlicher Güter – und hierzu zählen viele Bereiche der Hochschulforschung – als Free-Rider zu verhalten. Es zeigt sich jedoch auch, dass durch die Einrichtung eines Forschungsförderungsfonds (FFF) an der Hochschule Liechtenstein im Jahr 2005 ein Signal für ein gewisses Umdenken gegeben wurde. Aus normativer Sicht muss begrüsst werden, dass Liechtenstein damit einen Beitrag zur globalen Wissensproduktion leistet, der der Wirtschaftskraft des Landes eher entspricht. Jedoch wird auch unter Berücksichtigung des Forschungsförderungsfonds die 1% Marge der Europäischen Union kaum erreicht. Nicht nur aus normativer Sicht, sondern auch aus einem nationalen Interesse heraus, stellt sich die Frage, ob

Liechtenstein das öffentliche Engagement in Forschung und Entwicklung nicht ausweiten sollte. In der aktuellen regionalwissenschaftlichen Diskussion wird die These aufgestellt, dass Produktivitätseffekte von Hochschulen auf die regionale Wirtschaft dort generiert werden, wo innerhalb der Hochschulen Forschung auf internationalem Niveau betrieben wird. Die Förderung von Forschung und Entwicklung in Liechtenstein kann also zumindest teilweise im Land produktiv werden, so dass der Nutzen aus entsprechenden Ausgaben internalisiert wird. Wie die öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung ausgestaltet sein sollten, bleibt im Einzelnen zu klären.

Hochschule Liechtenstein: Dynamische Verbindung zum globalen Wissenspool

Der relative Anteil des Tertiärbereichs an dem gesamten Bildungsaufwand in der Landesrechnung liegt in 2004 bei 13.1%, nach 12.8% in 1995. Die Priorität der tertiären Bildung innerhalb des öffentlichen Budgets hat sich damit in den vergangenen 10 Jahren kaum verändert. Wird die zunehmende Bedeutung des Humankapitals für die Entwicklung einer Volkswirtschaft bedacht, so ist diese relative Stagnation des Aufwands für tertiäre Bildung und Forschung eher kritisch zu bewerten.

Die Erfolgsrechnung der Hochschule Liechtenstein weist für das Jahr 1995 einen Gesamtaufwand von 4.18 Mio. CHF aus. Dieser Betrag steigt kontinuierlich über 7.3 Mio. CHF in 2000 auf 13.38 Mio. CHF in 2004 an. Während der Hochschule in 1995 0.6% am Gesamtaufwand der Landesrechnung als Staatsbeitrag zufließen, steigt dieser Anteil bis zum Jahr 2004 auf 0.9% an. Die Hochschule absorbiert in 1995 3.9% bzw. 5.5% in 2004 am Bildungsbudget des Landes. Im Jahr 1995 gingen 30.9% des öffentlichen Budgets für tertiäre Bildung an die Hochschule Liechtenstein. Im Jahr 2004 beträgt dieser Anteil 42%.

Die zentrale Aufgabe der Hochschule Liechtenstein ist es, eine lebendige Verbindung zwischen dem globalen Wissenspool und der Region herzustellen. Die Auswirkungen der Hochschule Liechtenstein auf das regionale Umfeld kann grundsätzlich in die drei Bereiche Leistungserstellung, Leistungsabgabe sowie sonstige Beiträge für die Allgemeinheit unterteilt werden. In Bezug auf die Leistungserstellung wird der nachfrageseitige Effekt, der von der Hochschule auf die Region ausgeht, in der vorliegenden Studie auf der Grundlage einer Multiplikatoranalyse ermittelt. Die Hochschule Liechtenstein erhöht demnach durch ihre Ausgaben die Einkommen in der Region um insgesamt 6.3 Mio. CHF im Jahr 2002. Dies entspricht einem Anteil von 0.15% am Bruttoinlandprodukt.

Im Mittelpunkt der Debatte um die regionalwirtschaftliche Bedeutung von Hochschulen steht zunehmend die Leistungsabgabe und weniger die Leistungserstellung. Langfristiges Wirtschaftswachstum wird in der neuen Wachstumstheorie dadurch erklärt, dass von Wissenschaftseinrichtungen wie Hochschulen, Forschungsinstituten aber auch privaten

Unternehmen Wissen produziert wird, das von anderen Unternehmen teilweise mit genutzt werden kann. Mit der Produktion von Wissen gehen Wissensspillover einher. Die allgemeine Nutzbarmachung von Wissensspillover ist jedoch mit Schwierigkeiten verbunden. Man spricht vom so genannten „Knowledge Filter“ zwischen den wissensgenerierenden Institutionen und der Wirtschaft. Dieser Filter verhindert oft, dass in der Hochschule produziertes Wissen die Unternehmen erreicht und dort in marktfähige Produkte umgewandelt wird.

Der Wissenstransfer aus der Hochschule heraus zielt darauf ab, den „Knowledge Filter“ durchlässiger zu machen. Er umfasst die Bereiche Informations-, Technologie- und Personaltransfer. Die Dokumentationen auf den Homepages der einzelnen Institute sowie An-Institute an der Hochschule Liechtenstein geben Hinweise darauf, dass die beschriebene Form des Wissenstransfers zwischen der Hochschule Liechtenstein und der Region in den letzten Jahren erheblich ausgebaut wurde. Die zunehmende Bedeutung des Technologietransfers durch die Hochschule Liechtenstein zeigt sich auch in deren Erfolgsrechnung. Während die Erträge aus dem Technologietransfer (TWT-Projekte, FuE-Projekte) im Jahr 1995 1.1% des Gesamtaufwands der Hochschule ausmachen, steigt dieser Anteil bis 2003 auf 17.7% an. Vor dem Wissenstransfer stehen jedoch die Wissensgenerierung und die Teilnahme am internationalen wissenschaftlichen Diskurs. Nur wenn diesem Wissensgenerierungsprozess innerhalb der Hochschule der richtige Stellenwert zukommt, können langfristig positive Entwicklungsimpulse in die regionale Wirtschaft entfaltet werden.